

Nicht zu sehen, die diese Note auswirkt oder aufwerfen kann. Es ist wichtig, die Ansicht der deutschen Regierung über diese Fragen kennen zu lernen, da ein vorheriges Einverständnis hierüber als Grundlage für jede weitere Verhandlung erforderlich erscheint.

Das Memorandum erwähnt den Völkerbund nur beiläufig. Nun sind aber die alliierten Staaten Mitglieder des Völkerbundes und durch die Völkerbundfahung gebunden, die für sie genau bestimmte Rechte und Pflichten zum Zweck der Erhaltung des Weltfriedens enthält.

Die deutschen Vorklässe sind zweifellos auf das gleiche Ideal gerichtet; aber ein Abkommen tiefe sich nicht verwirklichen, ohne daß Deutschland seinerseits die Verpflichtungen übernimmt und die Rechte genießt, die in der Völkerbundfahung vorgelesen sind.

Dieses Abkommen ist also nur denkbar, wenn Deutschland feine den Völkerbund unter den in dem Schreiben des Völkerbundes vom 13. März 1925 angegebenen Bedingungen beitreift.

II.

Das Streben, die Sicherheitsbürgschaften zu schaffen, die die Welt verlangt, darf keine Herabsetzung der Friedensverträge mit sich bringen.

Die zu schließenden Abkommen dürften also weder eine Revision dieser Verträge in sich schließen, noch faktisch zu einer Abänderung der bestehenden Bedingungen für die Anwendung gewisser Vertragsbestimmungen führen.

Es könnten die Alliierten unter keinen Umständen auf das Recht verzichten, sich jeder Nichterfüllung der Bestimmungen dieser Verträge zu widersetzen, auch wenn diese Bestimmungen sie nicht unmittelbar angehen.

III.

Das Memorandum vom 9. Februar sagt zunächst den Schlüssel eines Paktes zwischen den „am Rhein interessierten Mächten“ ins Auge, der von folgenden Grundzügen ausgehen könnte:

1. Ablehnung jedes Gedankens an einen Krieg zwischen den vertragsschließenden Staaten.

2. Strenge Achtung des gegenwärtigen Bestandes in den rheinischen Gebieten mit gemeinsamer und gesonderter Garantie der vertragsschließenden Staaten.

3. Garantie der vertragsschließenden Staaten für die Erfüllung der Verpflichtungen zur Entmilitarisierung der rheinischen Gebiete, die sich für Deutschland aus den Artikeln 42 und 43 des Vertrags von Versailles ergeben.

Die französische Regierung verkennt nicht, welchen Wert die feierliche Ablehnung jedes Gedankens an einen Krieg zwischen den vertragsschließenden Staaten (eine Verpflichtung, die übrigens zeitlich nicht beschränkt sein dürfte), neben der erneuerten Bestätigung der in den Vertrag aufgenommenen Grundzüge, für die Sache des Friedens haben würde.

Su den vertragsschließenden Staaten muß offenbar Belgien gehören, das in dem deutschen Memorandum nicht ausdrücklich erwähnt wird, das aber als unmittelbarer interessierter Staat an dem Pakte teilnehmen würde.

Obwohl es sich von selbst und geht auch aus dem Schweigen des deutschen Memorandums über diesen Punkt hervor, daß der auf diesen Grundzügen zu schließende Pakt weder die Bestimmungen des Vertrags über die Befestigung der rheinischen Gebiete, noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinlandabkommen festgesetzten Bedingungen berühren darf.

IV.

Die deutsche Regierung erklärt sich ferner geneigt, mit Frankreich sowie mit den übrigen am Rheinpakt beteiligten Staaten Schiedsverträge abzuschließen, die eine friedliche Austragung rechtlicher und politischer Konflikte sicherstellen.

Frankreich ist der Ansicht, daß ein Schiedsvertrag der Art, wie Deutschland ihn vorschlägt, die natürliche Ergänzung des Rheinpastes bilden würde. Es muß dabei aber als selbstverständlich gelten, daß ein solcher Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland auf alle Konflikte Anwendung finden müßte und nur dann Raum für ein zwangsweises Vorgehen läßt, wenn ein solches Vorgehen gemäß den Bestimmungen der zwischen den Parteien bestehenden Verträge oder des Rheinpastes oder auf Grund der Garantie erfolgen würde, die von den Parteien einer von ihnen für einen Schiedsvertrag geleistet wird. Ein Schiedsvertrag gleicher Art zwischen Belgien und Deutschland wäre nicht minder erforderlich.

Am diesen beiden Verträgen volle Wirksamkeit zu geben, müßte ihre Durchführung sichergestellt werden durch die gemeinsame und gesonderte Garantie derjenigen Mächte, die andererseits an der in den Rheinpakt aufgenommenen Gebietsgarantie teilnehmen, dergestalt, daß diese Garantie unmittelbar zur Wirkung kommt, wenn eine der Parteien, die es ablehnt, einen Streitfall dem Schiedsverfahren zu unterwerfen oder einen Schiedsvertrag abzuschließen, zu feindlichen Handlungen übertritt.

Falls eines der Vertragsschließenden, ohne zu feindlichen Handlungen zu übergehen, seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, soll der Völkerbundrat die Maßnahmen vorschlagen, die zu ergreifen sind, um dem Vertrage Wirksamkeit zu verleihen.

V.

Die Deutsche Regierung hat in ihrem Memorandum hinzugefügt, sie sei bereit, mit allen Staaten, die hierzu geneigt seien, derartiger Schiedsverträge abzuschließen.

Die Alliierten Regierungen nehmen mit Genehmigung von dieser Zusicherung Kenntnis. Sie sind sogar der Ansicht, daß ohne solche Abkommen zwischen Deutschland und denjenigen seiner Nachbarn, die zwar nicht Parteien des geplanten Rheinpastes sind, aber den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, der europäische Friede, dessen Befestigung der Rheinpakt anstrebt und für den er eine wesentliche Grundlage bilden soll, nicht völlig gewährleistet werden könnte.

Die alliierten Staaten haben nämlich aus der Völkerbundfahung und den Friedensverträgen Rechte, auf die sie nicht verzichten und Verpflichtungen, von denen sie sich nicht freimachen können.

Diese so abgefaßten Schiedsverträge würden die gleiche Tragweite haben wie die in Abschnitt IV vorgesehene. Jede Macht, die den Vertrag von Versailles sowie den geplanten Rheinpakt unterzeichnet hat, würde, wenn sie es wünscht, die Befugnis haben, sich zu ihrem Garant zu machen.

VI.

Nichts in den in dieser Note ins Auge gefaßten Verträgen darf die Rechte und Verpflichtungen berühren, die den Mitgliedern des Völkerbundes aus der Völkerbundfahung erwachsen.

VII.

Die für die Erhaltung des Friedens und unerschütterliche allgemeine Garantie der Sicherheit wäre nur dann vollständig, wenn alle in dieser Note ins Auge gefaßten Abkommen gleichzeitig in Kraft treten.

Diese Abkommen müßten, der Zeitangabe entsprechend, vom Völkerbund eingetragene und unter dessen Obhut gestellt werden.

Es vertritt sich endlich von selbst, daß Frankreich, wenn die Vereinigten Staaten den so vorgeschlagenen Abkommen beitreten zu können glauben, die Beteiligung des großen amerikanischen Volkes an diesem Werke des allgemeinen Friedens und der Sicherheit nur begünstigen könnte.

Das sind die Hauptpunkte, hinsichtlich denen es notwendig ist, die Ansicht der deutschen Regierung genau kennen zu lernen. Die französische Regierung würde es begrüßen, hierauf eine Antwort zu erhalten, die es gestattet, in eine Verhandlung einzutreten, deren Ziel der Abschluß von Abkommen ist, die eine neue und wirksame Friedensgarantie bilden.

Theaterdonner der Rechtspreffe

Das Zentrum für eine Konferenz

D. Berlin, 19. Juni. (Eig. Zuspruch.) In der Sicherheitsnote meint das Zentrumsorgan Germania, Deutschland und Frankreich seien im Prinzip einig. Bei einem schriftlichen Meinungsaustausch würden sich Missverständnisse und Unklarheiten nicht ganz vermeiden lassen, darum schlägt die Germania eine Konferenz der interessierten Mächte vor.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung (Stimmesorgan) sagt, die französische Note gehe weit über den Inhalt des deutschen Memorandums hinaus und belaste die an sich wünschenswerten Verhandlungen stark.

Die Berliner Rechtspreffe nimmt den Notenwechsel mit Verlegenheit oder mit offener Ablehnung auf. Die Kreuz-Zeitung überschreibt ihren Aufsatz „Neue Zeiten“. Sie wirft Herrn Stresemann vor, sein Sicherheitsangebot sei auf englische Einflüsterungen hin erfolgt. Dem freiwilligen Verzicht auf Elsass-Lothringen würde niemals zugestimmt werden können. Vorteile für Deutschland seien auf der Grundlage der französischen Antwort nicht zu erkennen. Immerhin hat die Kreuz-Zeitung nichts gegen einen weiteren diplomatischen Meinungsaustausch.

Die Deutsche Tageszeitung (proagratisch) wendet sich in scharfer Form gegen die französische Note und gegen die Stresemannsche Außenpolitik. Deutschland habe keinen Anlaß, freiwillig einen Pakt zu unterzeichnen, der ihm nicht die geringsten Vorteile, wohl aber neue Pflichten, neue Verpflichtungen und unantastbare Gefahren bringe. Die französische Note sei keine geeignete Verhandlungsgrundlage. Mit dem Geiste von Versailles bis zur jüngsten Entwaffnungsnote könne es kein freiwilliges Verfahren geben.

Die Deutsche Zeitung (nationalistisch, halbvolkisch) nennt den deutschen Sicherheitsvorschlag eine „erschütternde Enttäuschung“ und eine Verleugnung des bisherigen deutschen Standpunktes, daß der Versailler Vertrag und beträchtlich abgepreßt sei, wird als Herr Stresemann vor, daß er noch unter Wirth und Erzberger stehe. Sie nennt den deutschen Vorschlag „anflar und gelockt“, er habe „dem Feind“ alles angeboten, ohne auch nur eine einzige Gegenforderung zu stellen. Die Deutsche Zeitung verlangt, daß man Frankreich bestimmte ultimative Bedingungen stelle, ehe überhaupt weiter diskutiert werden dürfe.

Das Geheiß der Rechtspreffe klingt recht kohl. Es ist keine Anreuerung von Enttäuschung, sondern Wache. Wie die Führer der Rechts- und Regierungsparteien nun zu ihrer Regierung stehen — oder nicht stehen — werden, läßt sich erst nächstens.

Urteile aus Frankreich und England

P. Paris, 19. Juni. (Eig. Drahtber.) Neben den Verhandlungen der französischen Antimemorandum veröffentlichte die Regierung ein Blaubuch, das neun Dokumente enthält. Interessant ist der Schriftwechsel mit der englischen Regierung, der erkennen läßt, wie man nach und nach jetzt endgültig abgegangenen Antwort läßt durch Überwindung mancher Missverständnisse gelangen konnte.

S. London, 19. Juni. (Eig. Drahtber.) Fast die gesamte Meerespreffe ist kritisch zu der französischen Antwort. Man erblickt Gefahren in der Bindung Englands, das schließlich wieder in Konflikte um kontinentale Grenzstreifen verwickelt werden könnte. Die Presse der Arbeiterpartei ist entschieden gegen solche Sonderpakte und fordert obligatorische Schiedsgerichte für alle Streitfragen.

Bruch mit Bainleeb

Die Sozialisten kündigen einmütig die Gefolgschaft

WTB. Paris, 19. Juni. Gestern abend vereinigten sich die Vorstände der dem Kartell der Linken angehörenden Fraktionen zu einer Sitzung. Die Sozialisten erklärten, daß sie beim gegenwärtigen Stande der Politik einmütig entlassen seien, die Unterabstimmungspolitik aufzugeben und sich ihre Handlungsfreiheit vorzubehalten. Es handle sich für sie nicht darum, das Kartell der Linken zu brechen, denn sie seien bereit, mit einem Ministerium zu arbeiten, das streng die Politik des 11. Mai (die Politik Herriots) fortsetze, aber sie wollten die Politik des Ministeriums Bainleeb aus zwei Gründen nicht mehr mitmachen, nämlich wegen der Finanzpolitik und wegen der Marsoffpolitik. Die Vertreter der andern Gruppen des Kartells erwiderten, daß die Sozialisten eine äußerst schwere

Aufmarsch der Zöllner

Ugrierer und Schwerindustrie in gemeinsamer Front

Vorgeföhren beendete der Deutsche Landwirtschaftsrat seine 33. Plenarversammlung in Friedrichshagen mit einer großangelegten, auf propagandistische Wirkung berechneten Jollausprache. Die Resolution, die nach einem Referat des Landbauführers v. Wangenheim, Kleinpiegel angenommen wurde, stellt von Anfang bis zu Ende eine Herausforderung und Herdichtung aller Volksteile dar, die das Wohl des deutschen Volkes über das Privatinteresse einiger Kleinen, aber mächtigen Interessentengruppen stellen, einen Hohn auf die Wissenschaft, die, ginge es nach den Geldsackpolitikern von Ar und Holm, ihr Lehrgeld zurückzahlen oder sich zur bewussten Lüge bekennen müßte. Der Protokoll, wie ihn Kramm vorschlägt, ist diesen Leuten nicht zu hoch, nein, er ist ihnen noch zu niedrig. Der Anschlag auf die Kleinbauern, der in einer einseitigen Bevorzugung des Getreidebauers liegt, soll noch wirksamer werden durch eine scharfe Zollmaner gegen ausländische Futtermittel. Und wenn man schon einmal beim Zoll erhöht ist — warum soll man nicht auch den Schafen den vortierlichen Schutz des Nachwüchsterstandes, der im übrigen nichts in die Wirtschaft dreinreden darf, angeheihen lassen? Die Bekleidung ist ja noch viel zu billig. Also her mit einem unabhängigen Schutzoll auf Rohwolle! So will es der Bund der Großgärtner.

Sinter so schneidigen Auftreten kann natürlich der alte Bundesgenosse der agrarischen Schutzöllner, die Schwerindustrie, nicht zurückbleiben. In gleicher Zeit, als sich der Landwirtschaftsrat auf Gestade des Bodensees politisch ereiferte, tante in der Dampfstadt des unantasteten und von der Schwerindustriellen Montarilla des kaiserlichen Deutschland ins Glend geführten Saarlandes der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Mittelpunkt der Tagung war hier ebenfalls die Zollfrage. Auch die Eisenindustrie fordert einen Schutzoll — im früheren Wertverhältnis — auf den reinen Grundstoff der industriellen Rohstoffe. Auch sie verlangt den Zoll nicht etwa als Profitinstinkt. Nein — ganz selbstverständlich ist es das Interesse des ganzen Volkes, daß eine künstliche Verteuerung der industriellen Rohstoffe ebensoviele verlangt wie einen organi-

Verantwortung auf sich nehmen. Ein Beschluß ist nicht gefaßt worden. Eine endgültige Entscheidung ist erst in zwei Tagen zu erwarten.

Erste Niederlage der bayerischen Schandjustiz

Endlich ist es einmal gelungen, einen Vorstoß der bayerischen Reaktion zurückzuweisen. Bayern hatte bekanntlich gegen den Beschluß des Reichstags, die Wiederaufnahme der Verfahren gegen Urteile der bayerischen „Volksgerichte“ zu lassen, Einspruch erhoben. Diefem Einspruch hätte der Reichsrat auch zunächst infolge eines Irrtums bei der Abstimmung stattgegeben. Dann aber setzte unsere Gegenbewegung ein. Als am Donnerstag im Reichsrat die Begründung für den Einspruch festgesetzt werden sollte, fand sich keine Mehrheit dafür. Mit 28 gegen 26 Stimmen lebte der Reichsrat die vorgesehene Begründung des Einspruchs ab, und damit ist der Beschluß des Reichstags Gesetz geworden. Nunmehr können die in Bayern durch Volksgerichtsurteil Verurteilten endlich zu ihrem Rechte gelangen (man denke nur an den Fall Hechenbach). Sie brauchen nicht mehr die nur selten und teilweise unter geradezu entehrenden Bedingungen zu erlangende Gnade der bayerischen Regierung. Sie haben jetzt das Recht auf Nachprüfung ihrer Prozesse, und es ist zu erwarten, daß infolgedessen jetzt endlich das Recht sich auch in Bayern durchsetzt. Natürlich nur bis zu gewissem Grade. Denn eine bürgerliche Justiz ist nicht objektiv.

Lafollette gestorben

S. London, 18. Juni. (Eig. Drahtber.) Der amerikanische Senator Robert Lafollette ist am Donnerstag nach einer plötzlichen schweren Erkrankung im Alter von 70 Jahren in Washington verstorben.

Lafollette war ein echter Demokrat, der sich gegen die Reaktion in der großkapitalistischen Partei erhob und sich dann von ihr trennte. Er kandidierte bei der letzten Präsidentschaftswahl als fortschrittlicher Kandidat. Unter seiner Führung war jetzt die Gründung einer Fortschrittspartei im Gange. Die Arbeiter stimmten für ihn und standen ihm sehr nahe. Sein Tod ist ein schwerer Verlust für die amerikanische Demokratie.

Vor dem Sturm in China

S. London, 18. Juni. (Eigener Drahtber.) Die Lage in China hat im Laufe des Donnerstags eine wesentliche Verschärfung erfahren. Die Verhandlungen, die seit einigen Tagen zwischen dem Diplomatischen Korps und den chinesischen Vertretern gepflogen werden, haben die bestehenden Gegensätze mit aller Deutlichkeit offengelegt. Der Kontakt der Fremden dehnt sich nunmehr auch auf bisher von der Bewegung unberührte Städte aus. Hier und da werden die Scheiden der Wäden eingeschlagen. In Shanghai ist die Situation besonders kritisch. Das englische Konsulat wurde wiederholt mit Steinen beworfen, so daß es geräumt werden mußte. In Tschifu fanden Kundendemonstrationen gegen die Engländer und Japaner statt, Ausschreitungen sind aber nicht vorgekommen. In Hankau mußten die britischen Wächtposten zurückgezogen werden.

S. London, 19. Juni. (Eigener Zuspruch.) In Schanghai hat am 17. Juni eine Demonstration von etwa 15 000 Teilnehmern gegen die Ausländer stattgefunden. Neuer meldet, daß sich die allgemeine Lage in Schanghai kritisch gestaltet. In Tschungking wurde der britische Konsul gezwungen, sein Amtsgelände zu verlassen. Engländer werden in den Straßen der Stadt häufig angegriffen oder mit Steinwürfen verfolgt.

Bruch der Verhandlungen

London, 18. Juni. Nach einer Neutermelbung aus Schanghai sind die Verhandlungen der Vertreter der Mächte mit den Vertretern der chinesischen Regierung abgebrochen worden.

fieren und staatlich privilegierten Brotmücker. Wer's nicht glaubt, gehört eben nicht zum deutschen Volke...

Die alte Front der Zöllner ist also wieder hergestellt. Die Eisenindustrie fordert neben erhöhten Zöllen obendrein das Recht vollkommener Freiheit in der Kartell- und Verbandsbildung. Die Forderung ist durchaus im Sinne einer Schutzollpolitik, denn ohne durchorganisierte Kartelle kann die Schwerindustrie nicht das erringen, was sie mit ihren Zöllen bezieht: die Herausforderung der Eisenpreise über den Weltmarktpreis um den vollen Betrag des Zolls. Und die Schwerindustrie ist nun einmal gewohnt, in Preisfragen ganze Arbeit zu machen.

Man könnte verurteilt sein, diese einseitige und einseitige Stellungnahme des Großkapitals in Schwerindustrie als Ausgeburt einer ideologischen, gutaussehenden Verrücktheit anzusehen. Man könnte glauben, diesen braven Rittern von Ar und Stahl sei das herausgehobene Schloßwort vom Schutze der nationalen Arbeit in der (Gehirnhöhle) hineingefunkt, daß sie nicht an Handelspolitik denken könnten, ohne wieder in die Vitaei von Segen der Schutzgölle zu verfallen. Dem ist nicht so. Ein kleines, außerordentlich bezeichnendes Symptom: In dem Referat, das der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Reichert in Saarbrücken vor den Schwerindustriellen hielt, wies dieser pathetisch die „Lügen“ von den Inflationen, Reparationen, und Nahrungsmittelverknappung der Eisenindustrie zurück — so heißt es in dem Bericht des Vereins. Recht wissen wir es also: Der Stimmes-Kongress ist aus dem Nichts entstanden, die unerbörte Wirtschaftliche Macht, die sich in der Eisenindustrie und rinas um sie zusammenschloß, sie ist nicht etwa eine Folge des Falles der andern, sondern eine Folge der Verornung der Schwerindustriellen! Moses, der mit seinem Stabe aus dem Felsen eine Quelle hervorbrachte, ist ein Weisenknafe wegen diefe eine Quelle hervorbrachte, ist ein Weisenknafe wegen diefe Patrioten. Die mit Verordnungsverlusten reich werden. Man läßt, unbewußt vielleicht, lieber oder nicht zuletzt deshalb, weil der Glaube an die eigene Gottähnlichkeit es erfordert, mit der Wahrheit wie mit einem Spielball umzugehen und in jedem Augenblicke gerade das zu sagen, was eben paßt. Die Herren mit den allen „disziplinären“